

27.03.19

## **Forschungsnetzwerk untersucht Beitrag von Glaube und Theologie zur politischen Kultur**

**Angesichts einer unsicheren Weltlage bekommen auch in Europa autoritäre Regime Aufwind, Humanität und Menschenrechte geraten in der Grenz- und Flüchtlingspolitik in die Defensive. Welchen Beitrag können Glaube und Theologie zur politischen Kultur leisten? Was konstituiert und trägt eine politische Ordnung? Diesen grundlegenden Fragen geht ein fachübergreifendes Forschungsnetzwerk nach, das sich bei einer Tagung an der KU auf Initiative von Prof. Dr. Martin Kirschner (Inhaber der Heisenberg-Professur für Theologie in den Transformationsprozessen der Gegenwart an der KU) konstituiert hat. Unter dem Titel „Eine performative politische Theologie für Europa“ kooperieren dabei rund 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus acht Ländern, die in den Bereichen Theologie, Politologie, Soziologie, Kulturwissenschaft, Philosophie und der Rechtswissenschaft tätig sind.**



Zum Auftakt des Forschungsnetzwerks trafen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus acht Ländern zur Tagung „Eine performative politische Theologie für Europa“ an der KU. (Foto: Schulte Strathaus/upd)

„Religion spielt eine immense Rolle in der Öffentlichkeit – in einer hochambivalenten Form, die leicht in Identitätspolitik und Abgrenzung kippt. Insofern kann man Religion in der öffentlichen Debatte nicht ausblenden. Das christliche Abendland wird oft von Leuten hochgehalten, die weder mit Kirche noch mit Glauben allzu viel am Hut haben und gar nicht wissen, was sich hinter dem Begriff ‚christlich‘ verbirgt“, erklärt Kirschner. Dies zeige, dass unklar geworden sei, was unsere Gesellschaftsordnung trage. Die eigene Verunsicherung und der Verlust der spirituellen Wurzeln könne zu Gefühlen der Ohnmacht und Angst gegenüber dem Fremden führen. Wenn dann aus Versatzstücken der Tradition eine Identität zusammengebaut werde, die zur Abwehr von Fremden diene, verkehre dies den christlichen Glauben in sein Gegenteil. „Deshalb braucht es auch den

Mut, theologische Fragen in der Öffentlichkeit zu diskutieren – auch, um gerade das Politische zu verteidigen“, betont Kirschner. Handeln im Namen Gottes und Zeugnis abzugeben bildeten den Kern des Glaubens. Es gelte herauszuarbeiten, wie Handeln im Namen Gottes vollzogen werde.

Die „Repräsentation einer Leerstelle“ sei das entscheidende Kriterium, um Fundamentalismus und Glauben sowie Populismus und Volksnähe voneinander zu unterscheiden: „Das Absolute kann nicht beansprucht werden. Wenn jemand sagt ‚Wir sind das Volk‘, bleibt immer ein Rest, der auch Volk ist und nicht repräsentiert wird. Populisten vertreten jedoch die Haltung: Wer nicht so denkt wie wir, der gehört nicht zum Volk“, erläutert Kirschner. Das führe dazu, dass wir den Blick auf die Anderen, auf die Fremden, auf die Ausgeschlossenen lenken müssten. Verbunden damit sei die Frage, wie sich über Europa reden lasse, ohne ideologisch zu werden. Dabei genüge es nicht, bloß administrative Regelungen zu formulieren; Europa sei mehr als nur die EU. Vielmehr müsse auf die Frage eingegangen werden, was die Lebenswelten der Europäerinnen und Europäer so verbinden könnte, dass sie sich einander zugehörig fühlen und bereit sind, politische Verantwortung füreinander und für das Wohl aller zu übernehmen.

„Politik und Religion durchschneiden das Leben aller Menschen. Auch als Atheist nimmt man zum Religiösen Stellung. Es ist deshalb wichtig, das Wechselverhältnis von Politik und Religion kritisch zu reflektieren, damit keine einseitige Vereinnahmung erfolgt“, so Kirschner. Die Kirche als Institution dürfe dabei nicht ausgeklammert werden. Jedoch habe sich das klassische Verhältnis von Staat und Kirche auch gewandelt: Der Staat sei nicht alleiniger Repräsentant des Politischen, die Kirche nicht alleiniger Repräsentantin des Religiösen.

Wie der Verlauf der Tagung gezeigt habe, müsse man in Anlehnung an Papst Franziskus die Peripherie in den Blick nehmen, um eine umfassende Perspektive zu erhalten. Populismus selbst sei eine fehlgeleitete Form des Protestes der Peripherie, die sich übersehen und nicht anerkannt fühle. Das Forschungsnetzwerk hat sich daher vorgenommen zu untersuchen, welche Anknüpfungspunkte es in den europäischen Gesellschaften für eine gemeinsame und zugleich offene Identität gibt: Lassen sich normative Grundlagen, geteilte Werte und verbindende Ziele formulieren, welche die politische Kultur tragen und Reformen leiten können? Was ermöglicht den Zusammenhalt und motiviert eine Solidarität, die über die eigene Gruppe hinausreicht? Diesen Fragen werden die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der kommenden Zeit bei drei Folgetagungen nachgehen. „Ein Teil der europäischen Krise besteht darin, dass man sich in einer Art Echokammer bewegt – dies gilt zum Teil auch für die Wissenschaft. Ziel des Netzwerkes ist es daher, eine Zusammenarbeit zu erreichen, die mehr ist als nur die Summe der einzelnen Erkenntnisse und die unterschiedliche Zugänge, Positionen und Denkstile miteinander verbindet“, unterstreicht Kirschner.

---

[\*\*<- Zurück zu: Presseinformationen\*\*](#)